

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
Nr. Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
jährlicher Bestellung 7,50 M., durch
die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
gebühren. Bestellungen werden von allen
Nachschophalten angenommen.

Anzeigen
werden die Stellenliste oder deren
Raum mit 30 Pfg., solche aus Gatt. mit
20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
von untern Annahmestellen und allen
Annoncen-Expeditionen angenommen.

Nr. 20.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 13. Januar

1903.

Englische Antipathien.

Man schreibt uns:
Wenn gewisse Leute es immer wieder so darstellen, als
ob die England nicht wohlwollende Geninnung eines großen
Teiles der deutschen Presse Schuld an dem immer noch
stetig fühligen Beziehungen zwischen beiden Ländern trage,
so sind sie durch ihre Ereignisse der letzten Wochen
all absurdum geführt worden: die deutsch-englische Kooperation
in Venezuela und die englisch-russische Beziehung wegen der
Durchsicht russischer Kriegsschiffe durch die Dardanellen.

Wir zweifeln nicht daran, daß es auch in Deutschland
viele Leute gab, die von dem Zusammengehen Deutschlands
mit England in Venezuela an sich wenig erbaut waren.
Sie hielten es aber für eine Pflicht der Gerechtigkeit und der
politischen Klugheit, sich während der Dauer der Kooperation
Reserve aufzuheben. Die öffentliche Meinung Englands
hat dies nicht für nötig gehalten. Das fleißigste
Gedicht Kiplings — das um so schwerer in der Mag-
dalen fällt, als Kipling tatsächlich der bedeutendste lebende
Dichter Englands ist — hat einen für mich den Beifall in
England gefunden. Und vor Wochenfrist ist in einem
seit sieben Jahren konservativ vertretenen Wahlkreis ein
Anführer der Opposition gewählt worden, bloß um,
wie die englische Presse überwegend behauptet, der
englischen Regierung zu zeigen, wie unzufrieden das
englische Volk mit der gemeinsamen deutsch-
englischen Aktion ist.

Indessen, die unfreundliche Haltung des englischen Volkes
in diesem Falle kann vielleicht noch mit dem „post hoc,
ergo propter hoc“ entschuldigt werden, d. h. man kann
vielleicht sagen, daß weil die gemeinsame Aktion der un-
günstigen Beurteilung des englischen Vorgehens in Süd-
afrika durch die deutsche öffentliche Meinung seit unmittelbar
folgte, sie mit einem gewissen Bedachte bei dem englischen Volke
nicht populär ist. Wenn wir dies zugeben, so wird man uns
wohlwollend keinen Mangel an Objektivität vorwerfen können,
wenn wir suchen uns damit gegen die den englischen Stand-
punkt zu stellen. Um so mehr aber haben wir Anspruch, für
objektiv und ruhig urteilend gehalten zu werden, wenn wir
den Ausfall der „Times“ gegen Deutschland
gelegentlich des englisch-russischen Konflikt wegen der
Dardanellenfrage überhört und unverändert finden.
England hat sich bekanntlich bei der Fierte darüber bedauert,
daß einige russische Torpedoboote vor einigen Monaten durch
die Dardanellen haben dürfen. Wir meinen, daß
diese Angelegenheit zu ordnen Sache der drei beteiligten
Mächte ist, nämlich Englands, Russlands und der Türkei.
Deutschland hatte sich neutral zu verhalten und es hat dies
auch getan, ebenso wie die anderen Großmächte, Frankreich,
Italien und Österreich-Ungarn, von denen die eine oder
andere beiläufig an dem Geschehen der Balkanabenteuer
stärker interessiert ist als Deutschland. Wenn nun die
„Times“ gegen die anderen Großmächte kein Wort sagt,
aber Deutschland wegen seiner neutralen Haltung Vorwürfe
macht und ihren Kern darüber zu erkennen gibt, daß
Deutschland nicht die englische diplomatische Aktion unter-
stützt habe, so beweist das bedeutende Blatt Englands, das
gleichzeitig das Ergebnis der öffentlichen Meinung des
Landes ist, damit, daß man sich an Deutschland
reiben will.

Deutschlands Haltung in Konfliktfällen zwischen England
und Russland ist so einfach wie möglich. Wird ein wichtiges
Interesse Deutschlands nicht berührt, so ist die Neutralität
für Deutschland gegeben. Ist das Interesse Englands
zugleich dasjenige Deutschlands, so wird die deutsche Diplo-
matie auch auf Englands Seite stehen, wie beispielsweise bei
den Yangtseang-Verträge; ist das Interesse Russlands
zugleich dasjenige Deutschlands, so wird die deutsche Diplo-
matie auf Seiten Russlands stehen, wie beispielsweise bei den
den Engländern so fatalen Unredigkeit der chinesisch-
japanischen Friedensbedingungen durch Deutschland, England
und Frankreich im Frühjahr 1905.

Mit dieser Tatsache, die ja auch eigentlich eine Selbst-
verständlichkeit ist, findet sich Russland ohne weiteres ab.
Die Engländer, die ja so wertvolle Kaufleute sind, und
die immer nur nach ihren Interessen gehen, finden sich nicht
damit ab, weil sie wohl immer an die Heiligkeit des Vertrags
zurückdenken, d. h. an die Zeiten, wo Deutschland, beson-
ders Hauptmacht Preußen, immer mit England zusammen-
ging und wo England gute Geschäfte dadurch machte. Und
damit treffen wir auf den Grund der englischen Ver-
bitterung gegen Deutschland. Die unfreundlichen Artikel
der deutschen Presse würde man wohl mit ähnlich unfreund-
lichen Artikeln erwidern, aber sich innerlich nicht sonderlich
darauf aufgeregt haben; aber daß Deutschland seit Wis-
smars Tagen seine eigene Politik macht, das findet man in
England unverständlich, und das würde man auch unverständ-
lich finden, wenn jede deutsche Zeitung täglich einen für
England schmärenden Zeitartikel brägte. — a.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

* Der Kaiser ist durch schriftliche Verfügung der Frau
Baronin v. Coblenz-Doppelnim-Dessau ein Vermächtnis
von 2 Millionen Mark zugewillt worden (siehe auch unter
Provinz. Neb.).
Ein Ausgleich am höchsten Königs Hofe?
Wie gemeldet, ist Prinz Johann Georg von Sachsen
gehen nach Wien in abgereist. Aus dortigen Kreisen kommt
die Nachricht, daß ein Ausgleich im Auge lie, der in erster

Reihe der Einwirkung einer fürstlichen Dame und dem
mittelbaren Eingreifen des Kaisers Franz Josef zuzu-
schreiben wäre. Im Falle des Ausgleichs wird der Gerichts-
termin zur Entscheidung verziehen. Dann dürfte die Kron-
prinzessin die Verfügung eines bestimmten Heubelns (ge-
meint ist der kaiserliche Wappenthiere) dem Kaiser zu
übergeben, in der Nähe der höchsten Grenze, be-
wohnen. Derselben Quelle zufolge hat es in österreichischen
Hofkreisen sehr heftig berührt, daß die kaiserliche Kronprin-
zessin die Schloßburg, der die Kronprinzessin in Gent Tag und
Nacht bewohnt, einen Verkaufsbefehl gegen sie in der Hand
trägt, wenn der Kaiser seinen Willen äußert, und es sich
erschließen, um die Abweisung des Kronprinzen Schwors und den
Widerstand des Verlobungsbefehls zu erwirken. Die Kronprinzessin
soll ihren Schwarm nicht verkauft haben. Nichtig ist, daß
sie in Gendarmenhand war, die durch Verwilligung von heimat-
licher Seite lebend wurde. Giron lebt aus der Nähe der
Kronprinzessin.

Nach einer weiteren Meldung soll der Besuch des Prinzen im
besonderen den Zweck haben, für einen Besuch des kaiser-
lichen Kronprinzen in der Wiener Hofburg zuzugewinnen die
Bewilligung zu führen. Wie nämlich das „M. W. Ztbl.“ erzählt,
wird der kaiserliche Kronprinz baldigt dem Kaiser Franz Josef
einen Besuch ablegen, um mit ihm die Eheverträge zu be-
sprechen. Auf diesen Zeitpunkt ist bereits eine sehr verbindliche
Einladung zu konstatieren. Nach einem Wiener Privattelegramm
des „M. W.“ soll die Kaiserin der Kronprinzessin von Sachsen
schon endgültig abgeschrieben sein. Die Kronprinzessin
sollte eingewilligt, Aufenthalt auf einem kaiserlichen Schloß in
Linz zu nehmen, um die kaiserliche Hofgesellschaft zu empfangen
und dort zu verbleiben unter Aufsicht, daß sie daselbst getreuhaft
mit ihren Kindern verfahren könne.

Der Noteller Ulrich von Kap Martin bei Mentone telegraphierte
an die „Neue freie Presse“: Alle Gerüchte über das Grafenpaar
Konny sind unbegründet, ich habe eben mit dem Grafen und
der Gräfin, die es nach dem meines Hotels in der Villa Kapn
wohnen, im Park gesprochen.

Die wichtigsten Ergebnisse der letzten Einkommensteuer-
Veranlagung.

werden steht in der amtlichen „Statist. Anz.“ mitgeteilt. Da-
nach hat auch von 1901 zu 1902 in Preußen eine Zunahme der
Beiträge, ihres Einkommens und der von ihnen gezahlten
Einkommensteuer stattgefunden, doch war diese Zunahme infolge der
Verdeckerung der wirtschaftlichen Konjunktur erheblich
geringer als in den Vorjahren. Immerhin steht das amtliche
Ergebnis der Verhältnisse noch als
günstig an, zumal angesichts der schwierigen Wirtschaftslage
von vielen Seiten eine Verminderung des Ertrages der
Steuer befürchtet wurde.

Die Gesamtergebnisse der Veranlagung betrug im Jahre 1902
3,702,047 gegen 3,619,188 im Jahre 1901 und 2,437,888 im Jahre
1892, hat also im letzten Jahre um 112,859 oder 3,09 v. H. und
in zehn Jahren um 54,32 v. H. zugenommen. Von 1900 zu
1901 war die Zahl der Beiträger um 269,654, also mehr als
einmal so stark wie im letzten Jahre, gestiegen. Das gesamte
einkommenpflichtige Einkommen betrug im Jahre 1902 60,600
Millionen Mark gegen 58,411 im Jahre 1901 und 59,611 im Jahre
1900, also im letzten Jahre um 122 Millionen
oder 2,05 v. H. und seit 10 Jahren um 51,58 v. H. gestiegen.
Die gesamte Einkommensteuer hat im Jahre 1902 188,837,843
Mark betragen gegen 186,885,684 M. i. J. 1901, hat also um
nicht 2 Millionen Mark zugenommen, während von 1900 zu
1901 eine Zunahme von 12 und von 1899 zu 1900 eine
solche um 14,8 Millionen Mark festzustellen war. Auf die
nichtypischen Personen entfällt ein steuerpflichtiges
Einkommen von 476 Millionen Mark gegen 478 Millionen i. J.
1901 und ein Einkommen von 15,64 (15,70) Millionen Mark,
sodass das Einkommen der steuerpflichtigen Erwerbseinkommen
um 4,2 v. H. und ihr Einkommen um 0,92 v. H. zuzunehmen
gegangen ist. Das Einkommen der nichtypischen Personen ist
das von 1899 zu 1900 um 583 Millionen M. und von 1900 zu
1901 um 535 Millionen M. gestiegen war, hat im letzten Jahre
nur eine Steigerung von 876 auf 850 Millionen M., also um
184 Millionen M. erfahren. Dabei ist zu berücksichtigen,
daß bei der Berechnung der Einkommen im letzten Jahre um
dreifünftel die Einkommen der nichtypischen Personen, die durch
die wirtschaftliche Depression entfallen sind, in der Berechnung
in den Steuerveranlagungen zum Ausdruck gekommen ist.
Beachtenswert ist, daß das Durchschnittseinkommen
der Beiträger, das schon im Vorjahre einen Rückgang von 2322
auf 2297 M. erfahren hatte, jetzt wieder auf 2227 M. ge-
stiegen ist. Es zeigt dies, daß die ungenügenden wirtschaftlichen
Verhältnisse hinter sich lassen jetzt einen wesentlichen Einfluß
auf die Höhe der besseren Einkommen ausgeübt haben. Noch
genauer läßt sich dies erkennen, wenn man die Einkommen von
über 3000 M. von denen von 900—3000 M. trennt. Die Zahl
der Beiträger mit dem geringeren Einkommen ist im letzten
Jahre von 3,219,331 auf 3,209,398, also um nur 9,900 oder
0,31 v. H. die der Beiträger mit dem höheren Einkommen
aber von 435,698 auf 449,811, also um 14,000 oder 3,2 v. H. gestiegen,
das durchschnittliche Einkommen der ersten Klasse hat sich aber
nicht 1247,52 M. gegenüber dem des Vorjahres mit 1247,91 kaum
verändert, während das der Beiträger mit diesem Einkommen
von 291 auf 282 M., also um 173 M., also um 1,9 v. H.
zurückgegangen ist.

Politisches.

* Neben Depeschenkosten des auswärtigen Amtes
schreibt die „Post“:
„Der Reichstag hat sich mit den Entwurfsverhandlungen des
Rechnungsjahres 1901 zu beschäftigen. Aus dem Bericht geht
heraus, daß — falls nicht etwa ein Druckfehler die Ziffer
sichht — das Auswärtige Amt ein Mehr ausgabe von
695,000 M. auf gewahrt hat. Anfolge des Antrags, durch die
Wirkten in China beizubehalten, wird der Reichstag mit den feiler-
lichen Vertretungen in Ostasien, bezüglich mit der Gendarmen-
schaft in Peking.“ Natürlich, denkt der Leser; in Kriegszeiten wachsen
eben die Kosten auf allen Gebieten der militärischen
Organisation. Ganz schön. Geldes aber wurde für den ge-
meinen Depeschenkosten des Auswärtigen Amtes nicht noch
einmal die Hälfte der letzten Jahre betragen, in den
Entwurf eingeleitet. Zweitens kann es sich nur um ein politisches
Telegramm handeln, denn die militärischen sind

zu den Kriegskosten gerechnet worden und lassen uns
Einst von den Chinesen bezahlt werden, die in vielfältig die
Güte haben, die letzteren Vertragspflichten zu erfüllen. Und
bitte den dort noch fragen, ob es durchaus nötig war,
an jedem Tag durchschnittlich 2000 M. für Drehen von und
nach China auszugeben. Einzelne dieser Drehen sind so in
der Höhe veranschlagt worden. Was Kipling befreit und
unseren dortigen Geschäftsräumen auf dem nicht mehr un-
gewöhnlichen Drahtwege angezeigt war, ihm und seinen Be-
amten kein Dreh zu verkaufen, lassen wir die folgenden
Sätze: „Erhalte jedoch alle Drehen Telegramm und befreie
mich, abzurufen zu bitten, meinen alleunterstützten Dank
für die mir in Ostasien zu teil gewordene hohe und un-
gewöhnliche Auszeichnung Deiner Majestät sehr dankbar und
höflich hochgenügend zu sagen legen zu wollen. Ent-
scheidend Mitglieder der Gendarmenchaft schließen sich meinem
unterstützten Dank für die vielen Worte dankbar.
Einer Anerkennung meines Verhältnisses in Zeiten erster
Besuch halten und verdienen zu können.“ Im Bericht von
China beträgt die Wortsätze 6 M. Das Gesamttelegramm hat
also ungefähr 500 M. gekostet. Schon am nächsten Tag aber
sollen wir einen neuen Dank beibringen, besten aller Teil
den den Drehen der Zeitungen lautet: „Die Mitglieder der
Gendarmenchaft danken Euer Excellenz, Euer Excellenz für die
ihnen Glückwünsche und für die hohe Anerkennung, die
ihnen Begehren in ersten Zeiten seitens der Kaiserlichen
Regierung zu teil geworden ist.“ 31 Worte gleich 136 M.“

Erstehen demartig bedote Umgangformen und nichtigende
Menschen werden an und für sich schon recht überflüssig, so
finden sie in diesem Falle völlig deplatziert. Wozu haben wir
einen Telegrammamt? Sind sie überhaupt so eilig, daß sie
elektrifiziert werden müssen?

Vollständiger Bericht.

Ueber den nationalökonomischen Einfluß, welche der großen
deutschen Schiffahrtsgesellschaften unter, geben
einige ziffernmäßige Aufschlüsse, welche in der Gegenwart um so
wichtiger sind, als verhältnismäßig die Behauptung aufgetreten
ist, die deutschen Schiffahrtsgesellschaften nähmen den deutschen
Geldmarkt zu sehr in Anspruch. Die Reedereien haben dem
deutschen Markt mehr Kapitalien zugeführt, als sie ihm ent-
zogen haben. Die letzte Jahresabnahme jeder der großen
Reedereien wird mit 100 Millionen Mark kaum überschätzt
werden, und zwar sind das zum großen Teil Gewinne, welche
vom Ausland herbeigeführt und welche den deutschen Banken
und Zählern, den Verarbeitern, Zahlungsmittelproduzenten,
deutschen Handwerklern, Arbeitern und Seelenten zugute kommen.
Dies vorübergehende Betrag dafür, daß es sich hinsichtlich des Personal-
sicherlich nicht um eine geringe Anzahl, sondern um eine ansehn-
liche Summe handelt, mögen die einschlägigen Zahlen des
M. W. Ztbl. Nr. 210 an die Stelle finden:
Die Befahrung der Flotte des Norddeutschen Lloyd besität
sich auf über 10,000 Mann. Von diesen kommen 6500 Besat-
zungen auf die rein heimische Schiffsbesatzung, von der
allen 505 Kapitäne und Schiffsführer, 522 Maschinenisten
und das übrige Schiffpersonal, Ärzte, Schiffsmeister, Köche
und Stewards, ist noch über 3500 Köpfe stark. Das an Land
beschäftigte Personal besität einschließig der Direktoren aus
220 technischem und aus über 2000 technischen Angestellten,
Ingenieuren, Werkstättenarbeitern im Heimathlande. Dazu
kommen noch 6000 Arbeiter, Klüver und Stauer, die im
Heimathlande und den zahlreichen auswärtigen Häfen für den
Norddeutschen Lloyd tätig sind. Alles in allem beschäftigt der
Norddeutsche Lloyd in seinen Diensten ein Personal von
18,400 Menschen.
Das sind in etwa die Zahlen, die von der Entwicklung unserer
Schiffahrt das günstigste Zeugnis ablegen.

* Die Vereinigung für die Fortsetzung der Papier
verarbeitenden Industrie und des Papierhandels
hat an den Bundesrat eine von 30 wirtschaftlichen Vereinigungen
unterzeichnete Eingabe gerichtet, in welcher die dringliche Bitte
ausgesprochen wird, der Bundesrat wolle dahin wirken, daß
200 technischem Personal, zum Teil in einer Zahl von 3000 Köpfe
jene ungenutzten Stellen besetzt werden, welche durch die
enormen Vorkrämmungen bei der Fortsetzung der
unzureichenden „Zusatzbeschäftigung“ der Fortsetzungskommission
von den Positionen 658—658 in den Postamt kommen. Es handelt
sich um die Verdrängung des heutigen Soldatensoldaten und
Gendarmen, um die Verdrängung des Soldats auf große Pa-
per, Strohpapier und großes graues Strohpapier,
um die Erhebung des Soldats auf Strohpapier von 8
auf 4 M. und um die Zusammenfassung aller sonstigen un-
beschäftigten Papiere in einer Position mit 10 M. Soll.
Die Eingabe führt aus, daß durch diese Fülle die heimischen Papier
und Papier verarbeitenden Gewerbe aufsucht besetzt
werden, in zum Teil mit einer Zahl von 3000 Köpfe zu rechnen
hätten. Es wird beantragt, bezüglich der Fortsetzung von Sold-
papiere, Zellstoff und großen Papieren es bei dem jetzigen Sold-
satz von 1 M. zu belassen und hinsichtlich der Fortsetzung von
Papier folgende Fülle festzusetzen: Strohpapier, ganz großes
graues Strohpapier und braunes Strohpapier 3 M., halbgrößen
Papier 3 M., alles sonstige Papier 6 M. Sollte der Erlaß
einer Fortsetzungskommission unter keinen Umständen ausfallen, so
wird die Verdrängung der obigen Fortsetzung der Handels-
vertragsverhandlungen erbeten. — Die Eingabe ist von allen
wichtigen Vereinigungen der Papierverarbeitungsindustrie des
Reichs und Bundeslandes einschließlich des Zellungs- und Wap-
pelerlags und des Papierhandels unterstützt worden.

* Die Kommission des deutschen Fiskusvertrages, die sich seit
dem Jahre 1896 mit der Aufstellung eines Entwurfs zur
Wendung des Fiskus in China beschäftigt hat, wird im Februar d. J. ihre Arbeit vollendet haben und den
Entwurf dem sofort dem Landwirtschaftsministerium einreichen.
Das Ministerium hat bereits beschlossen, einen Betrag von
Sachverständigen zu berufen, bei denen Entwurf eingehend
prüfen soll. Der deutsche Anglerbund findet in dem Entwurf
des deutschen Fiskusvertrages, soweit der Inhalt über be-
kannt ist, die Möglichkeit, die in der Angelegenheit zu wenig ge-
worden ist, die Möglichkeit, die in der Angelegenheit zu wenig ge-
worden ist. Er geht von der Annahme aus, daß dieser Entwurf, der
in England volkswirtschaftliche Bedeutung erlangt hat, auch bei
uns mehr gefördert werden sollte, und erbetet einen „degen-
ten“ Entwurf an. Bei dieser Schloßlage erachtet es ungeschicklich,
daß schon die zur nächstjährigen Tagung des Bundesrats ein
Regierungsentwurf vorgelegt werden kann.

Alte und Neue.

• Nach der Prüfungsbekanntmachung für Volkshochschulen haben viele die zweite Prüfung an einem Seminar der hiesigen Regierungsbildung, in welchem sie im September diesen Monats, abgelegt. Diese Bekanntmachung ist, wie der Amtsminister in einer den Provinzial-Ausschuss-Kommissionen und Regierungen mitgeteilten Verfügung betont, nach der gegenwärtigen Einrichtung der Bildung für die Zulassung der Lehrer in erster Linie maßgebend. Eine Berücksichtigung des Seminars, an welchem der Lehrer auszubilden ist, kann nur stattfinden, wenn zugleich seiner Bestimmung genügt wird.

Parlamentarismus.

• Die liberale Partei des Wahlkreises Nordhausen-Grafschaft Hohenstein hat ihren Kandidaten für den kommenden Wahlkampf aufgestellt. Es geschah das nach der Nordh. Ztg. in einer in hohem Grade involuntären Vertrauensmänner-Versammlung. Nachdem Hg. Dr. Wiener Reichsrat auf seine parlamentarische Tätigkeit abgetaucht hatte, proklamirte ihn der Vorsitzende unter anhaltenden Beifallsgeschreien der Versammlung als Kandidaten der liberalen Partei für die kommende Reichstagswahl. Darauf sprach Dr. Wiener über die heillosige Lage in Mecklenburg. Seine Ausführungen folgten mit enthusiastischer Beifall. Der Vorsitzende richtete zum Schluss einen Wunsch an das Bürgerthum, für den weiteren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau des reformirten Reichs im freibleibenden Sinne durch mannhafte Eintreten für die liberale Kandidatur zu wirken. Die Partei werde den Kampf bei aller sachlichen Schärfe und Gerechtigkeit nach links und rechts ohne Klößen- und Rissenvergebung und persönliche Beschimpfung der Gegner führen, jedoch trotz aller parteipolitischen Konflikte der bürgerlichen Parteien und der bürgerliche Zusammenleben eine Störung unersetzlich nicht erleide. (Lebh. Beifall.) Mit einem Hoch auf den Wahlkreis Nordhausen-Grafschaft Hohenstein wurde die im hohen Grade alle Teilnehmer bezeichnende Versammlung gegen 12 1/2 Uhr gelöst, an die sich ein Kommerz anfügte.

• Herr Wasserwirth hat nach immer keinen Wahlkreis gefunden, der ihm eine genügende Sicherheit für seine Wahl böte. In Karlsruhe und Braunsf., wo die National-Liberale ihn die Kandidatur angetragen hätten, in der ersten Sitzung, das das Centrum ihm mit Rücksicht auf seine Stellung, das in beiden höchsten Ministerkongressen ihm im ersten Wahlgang unterlaufen würde, hat er sich, wie jetzt mitgeteilt wird, seine Zusage zur Übernahme der Kandidatur noch vorbehalten. Anhängend sind ihm auch dort die Schwierigkeiten sehr zweifelhaft geworden, nachdem das Centrum offiziell zu erkennen gegeben hat, daß es diesmal einen eigenen Kandidaten aufstellen werde; bei den letzten Wahlen unterhielt das Centrum im ersten Wahlgang die liberale Partei, der Führer der national-liberalen Partei befindet sich somit auch weiterhin in derselben unangenehmen Situation, wie die beiden ebenfalls noch obdankenden des Bundes der Landwirthe, Herr v. Wangenheim, der etwas vorzeitig sein Mandat in Weimar-Weichling für die nächsten Wahlen aufgegeben hat, und Herr Dr. Böhm, der sein Mandat in Reifershausen hat aufgeben müssen, da er sich davon überzeugt hat, daß eine Wiederwahl dort ausgeschlossen ist.

Estados.

• Die Bestimmung des Reichs aus den auf Grund des Internationalen Finanzgesetzes zu zahlenden Steuern ist im vergangenen Jahre auf 40,858,000 M. angenommen, das sind 2,699,000 M. mehr als im Vorjahre. Man glaubt, daß im Beginn 1. Januar vorläufiglich ein Bestand von rund 715,110 Anstalts- und Altersrenten (§ 13 des Invalidenversicherungsgesetzes) vorhanden sein wird, von denen im Laufe des Jahres rund 77,500 in Wegfall kommen werden. Der August auf ein Renten im auf etwa 147,000 zu schätzen, von denen 12,900 im Laufe des Jahres 1897 wieder nachlassen werden. Seht man nun als Reichszuschuß für jede am 1. Januar 1908 laufende Rente einen Betrag von 50 M. und für jede im Jahre 1908 in Zugang kommende Rente einen solchen von 45 M., an, und legt man für jeden Restfall einer am 1. Januar 1908 laufenden Rente 25 M., sowie für jeden Restfall einer im Jahre 1908 neu bewilligten Rente 12,50 M. zu Grunde, so ergibt sich als Reichszuschuß für Invaliden- und Altersrenten der Betrag von rund 40,257,000 M. Was den Reichszuschuß zu den Rentenrenten anlangt, so dürfte wie im Vorjahre der Betrag von 500,000 M. als ausreichend angesehen sein. Für die Bestimmung des Reichs aus Rentenanteilen für militärische Dienstleistungen dürfte der Beitrag von 100,000 M. anzuwenden, während die Ausgaben des Reichs für Beitragsersparungen wie früher mit 1000 M. genügend hoch bemessen sein dürften. — Die Bestimmung des Reichs im Jahre 1908 wird sich nach auf 40,257,000 M. + 500,000 M. + 100,000 M. + 1000 M. im ganzen auf 40,858,000 M. stellen.

• In der neuesten Nummer der Zeitschrift für Wohnungswesen (Verlag, Carl Heymanns Verlag) bespricht Herr Kommer die von dem Geh. Reichsrath Stübgen angeleitete Wohnung, daß die hohen Mietpreise eine Folge des Mangels an Mietshäusern seien. Die Ausführungen Kommerz beruhen auf den in Leipzig gemachten Erfahrungen. Insbesondere führt sich Verfaller auf die Erholer der in Leipzig bestehenden Stiftung für Erbauung billiger Wohnungen, in deren Häusern nach Vollendung der Bauphase 10 Proz. der gesamten Bevölkerung Leipzigs wohnen werden.

Ober und Unter.

• Im Gesetzesrat des Reichsbootsbaugesetzes für 1903 ist dem künftige Gehalt der Oberlieutenants mit 7200 M. bemessen. Für die höheren Offiziere konnten 180 Stellen in Betracht. Ein Unterschied von 600 M. zwischen dem Gehalt der Oberlieutenants und der Regimentskommandanten ist im Hinblick auf die den letzteren zufallenden größeren Repräsentationsverpflichtungen beabsichtigt. Bei der Neuordnung der Gehälter sind auch den 138 Oberlieutenants beim Stabe der Infanterie-Regimenter noch Kommandeure von Jägern und Kavallerie-Batalionen u. v. berücksichtigt, bei denen die gleichen Verhältnisse vorliegen.

• Der Kommandeur der 22. Division in Kassel, Generalleutnant v. Bode, hat sein Reichsdeputat erwidert.

• S. W. S. „Moltke“ ist am 11. Januar in Braunsf. eingetroffen und geht am 12. Januar nach Braunsf.

• S. W. S. „Seyler“ ist am 12. Januar in Braunsf. eingetroffen und geht am 13. Jan. von dort nach Braunsf. in See.

• S. W. S. „Sachs“ ist am 11. Januar in Braunsf. eingetroffen und wird sich dort bis Mitte Februar aufhalten. — S. W. S. „Saria“ ist am 11. Jan. in Braunsf. eingetroffen. — S. W. S. „Silla“ ist am 12. Januar von Braunsf. abgegangen.

• S. W. S. „Stoich“ ist am 11. Januar in Braunsf. eingetroffen. — Der Dampfer „Sibiria“ mit dem Stab der Kreuzer-Division und der Besatzung für den Kreuzer „Metturador“, Transporthilfskapitänleutnant Wannenmann, ist am 11. Jan. in Braunsf. eingetroffen und hat an demselben Tage die Dampfer nach Braunsf. abgeholfen.

• Der Aufklärungsdienst für S. W. S. „Röhre“ Transporthilfskapitänleutnant Wofen, ist der Dampfer „Friedrich der Große“ am 12. Januar in Braunsf. eingetroffen und hat an demselben Tage die Dampfer nach Braunsf. abgeholfen.

Ausland.

Die Wüsten in Marokko.

Den jüngsten aus Fes eingetroffenen Nachrichten zufolge beruht dort verhältnismäßig Ruhe. Die kaiserlichen Truppen haben die Stadt verlassen und sind den Präsidentsen entgegengezogen, um ihm eine Einladung zu liefern. Sie sind im Hühnergebiet des Sebu gelagert und man vermutet, daß der Kampf schon begonnen hat; sein Resultat wird mit großer Ungewissheit in Tanger erwartet. Die europäischen Damen haben die Hauptstadt Fes bereits verlassen. Einzelne der Europäer, die zum Weibchen entschlossen sind, geben sich in die Weisheit zu fügen, sobald der kritische Moment eingetreten ist.

In Madrid wird von amtlicher Seite bestätigt, daß Du Gama die Oefenlinie ergriffen. Gouverneur der Städte beabsichtigt mit dem Minister des Auswärtigen, mit dem König und schließlich mit dem britischen Botschafter. Man ist in den Kreisen der spanischen Regierung der Ansicht, daß die marokkanische Frage in ein gutes Stadium eintrete.

Viel der einflussreichen Triebnis der Gegen von Fes gingen zu den Hebeln über; mit anderen verhandelt der Präsident noch unglücklich. Achtzig Kilometer südlich von Tanger fand ein Gefecht statt, dessen Ausgang noch unbekannt ist.

Nach einer weiteren Depesche aus Tanger beschloß der deutsche Konsul, sich mit allen Deutschen von Fes nach Tanger zu begeben. Der Sultan legt seine letzte Hoffnung auf die Werbung seines in Tanger erwarteten Oberst Waley Krassa unter den Rifkabylen, die sich bisher neutral verhalten. Waley Krassa ist ermächtigt, diesen gefährlichen Bundesgenossen die größten Zugeständnisse zu machen. Die begünstigten Europäer sind durchsichtiger. Ein Bevollmächtigter des Sultanen hat sich nach Tanger entfernt bis zum Sultan als Bevollmächtigter: Auf total ungenümpfende Weise läßt jedoch ein Reiter aus Fes in Tanger ein, der am 11. d. M. diese Stadt verlassen hat. Er meldet, die Bevölkerung von Fes selbst liege gegen den Sultan angetreten. Der Sultan liege verloren. Eine amtliche Bestätigung fehlt allerdings.

Bulgarien.

Wie aus Sofia gemeldet wird, hielt vor zahlreichem erlesenen Publikum, Abgeordnete, Offiziere, Beamte und an dreißig Vertreter der macedonischen Provinzverbände, gefolgt der Präsidium des macedonischen Centralkomitees, Mikhalowski Vortrag über seine Nordreise nach Wien, Paris und London. Er habe die Überzeugung gewonnen, daß die macedonische Frage nur durch eine Variante von Diplomatie und Revolution gelöst werden könne. Überall habe man die Macedonier vor sich selbst verurteilt. Selbst in Wien, wo Mikhalowski vom Sekretär des Ministersrates, sowie vom Sekretär Müller des Ministeriums des Auswärtigen empfangen worden ist, habe man ihn erklärt, wenn die Macedonier im Aufstand wären, werde man ihnen helfen, sonst nicht. In Paris und St. Petersburg in London hätten ihn beschrien, die macedonische Frage in den Parlamenten aufzuwerfen. Die Pariser Nationalitäten gründeten eine „Societe parisienne des amis des Yugoslaves“. Die Westmächte setzen, wie Mikhalowski weiter ausführte, den macedonischen Forderungen sympathisch gegenüber, Deutschland angenommen, das den Sultan mißfällt, aber auch da werde das öffentliche Gewissen die Regierung zur Umkehr zwingen. Nur müßten die Macedonier im Kampfe anhalten. Deshalb forderte Mikhalowski in jeder Rede sie auf, mit dem 1. April den Kampf wieder aufzunehmen. Diesen Ausführungen folgte lebhafter Beifall. Der Appell Mikhalowski's eröffnete lautliche Ansichten auf den von Ausland verlangten Gottesfrieden, deso zwar nicht, als auch Boris Sarafow, der treibende Faktor des Gegenstandes, neuerdings Anhänger wird und sich im Auftrag der „inneren Organisation“ zum Eindringen in Macedonien vorbereitete.

Venezuela.

Nach der deutsche Schiffsbewegungen, die mit der Blockade zusammenhängen, wird der „Sibira“ gemeldet, daß infolge der am Freitag voriger Woche eingetretenen Erweiterung der Blockade der Kanoniere „Sibira“ eine Verletzung der Sechstreitkräfte im Vorabgebet angeordnet hat. In den letzten Tagen war in jedem Vorabgebet nur ein Kriegsschiff stationiert, die „Gazelle“ von Puerto Cabello und der „Kaiser“ von Maracaibo. Bis auf die „Charlotte“ haben sämtliche Schiffe und Fahrzeuge, die in den westindischen Gewässern der Blockade der Kanoniere „Sibira“ verweilen. Der Dampfschiff „dampfte mit der „Winea“ von Willemstad nach Puerto Cabello. Dasselbe Ziel haben die von St. Thomas kommende „Sibira“ und das von Port of Spain abgehende Kanonenboot „Metturador“. Letzteres hat vor Trinidad seine freigewählte Ausladung erhalten und ist mit Mannschaften der deutschen Kriegsschiffe befristet worden. Die Dampfer haben am 11. d. M. mit dem Dampfer „Sibira“ unterwegs befindliche Belastung von Venezuela eintrifft. Nur der Kommandant, Kapitänleutnant Jutz, ist endgültig aus seiner bisherigen Stellung als erster Offizier der „Gazelle“ ausgeschieden und bleibt dauernd an Bord des „Metturador“. Im ganzen werden von jetzt an vier deutsche Kriegsschiffe Puerto Cabello blockieren, während zwei, „Sibira“ und „Kaiser“, Maracaibo bewachen. Die „Sibira“ bleibt in der Reserve und wird zur Fortschaffung der Waffen verwendet.

Gerichtsverhandlungen.

Strasburger zu Halle.

Wegen Anschuldigungen gegen Arbeitswille hatten sich die Arbeiter Emil Hense aus Berlin und Hermann Rohmann aus Halle-Gebäude zu verhandeln. Die Angeklagten hatten am Abend des 29. August 1901 in Gölzow die Arbeiter Karl Hergen und Franz Debel aus Gölzow, Streifenreher und Schlichte geschimpft und sie mit Faustschlägen und Fußtritten mißhandelt. Hense und Grobmann arbeiteten damals in Hölzow'schen Maschinenfabrik in Gölzow, Holzknäueln, in der nach Hergen und Debel Beschuldigung kamen. Hense gab an, daß Debel einen Arbeiter erschlagen zu haben. Hense gab an, daß er sagte: „Wir wollen nicht mehr dort arbeiten; andere Arbeiter wollten mehr Lohn haben; die spendeten Schnaps und da tranken wir mit und hörten auch auf zu arbeiten.“ Hergen tam in der Zeugnisaufgabe der der Arbeit. Wäre ich nicht gewesen, dann hätte ich ihm nicht getan. Solch trinke ich überhaupt keinen Schnaps.“ Streifenreher habe ich nicht gekannt.“ Der Angeklagte Grobmann äußerte: „Wir hatten die Arbeit untergeleitet. Wir wollten, der Arbeiter Debel sollte fort. Hense und Hergen kamen auf der Straße in Hölzow, Debel ist es gewesen. Ich habe Hense weggezogen. Möglich ist es, daß ich Hergen gefolgt oder getreten habe; das ist aber unentschieden geblieben. Beschimpft habe ich nicht. Ich habe nicht gesagt, daß es noch vorgefallen ist. Ich habe doch auch Familie, Kaufmann Debel's Köhling als Bekannte.“ Seine Arbeiter hätten sich bisher auf Vertrag. Als aber noch andere Arbeiter angestellt wurden, seien die Schimpfen unter ihnen entlassen. Gölzow der Arbeiter hätten dem Schnaps getrunken; das habe zu Unzufriedenheiten geführt. Gölzow seien mit der Förderung der Beschuldigung aufgetreten. Höhere Löhne als bisher zu geben für die Arbeit sei nicht möglich gewesen, weil sie mit großen Schwierigkeiten und mit starker Konkurrenz zu kämpfen habe. Statt 275 M. Löhne hätten die Leute 3 M. verdient. Am Abend des 29. August hätten einige der Arbeiter sich geweiheit eine Führe gehandelt, schließlich aber doch die Arbeit (Hebertsunterarbeit) verrichtet. Am anderen Morgen sei leuten einige Arbeiter die Entlassung bedingt gefordert, diese aber leuten der Fortsetzung abgelehnt worden, weil Debel als ruhig und arbeitam bekannt war. Wenn man seinen ihren Lohn angesehe, würden entlassen und abgehen. Es war dann beabsichtigt worden, daß sie am Vormittag viel Schnaps tranken und sich in der Zeugnisaufgabe unbeherrschten. Als am Abend die Arbeiter auf der Fahrt sich auf den Dampfer begaben, sei eine Schlägerei entstanden, wobei auch mit Füßen getreten wurde. Da die Angeklagten Erklärungen abgegeben, wies der Herr Richter, daß er die Anklage abgewiesen hat. Hergen und Grobmann sagten, daß sie mit den Hölzow'schen Werkstätte mit einem Fußtritt gegen den Rücken. Ich fiel hin und wurde dann wieder erschlagen, von Grobmann auch mit dem bestellten Fuß getreten, wodurch ich blutende Verletzungen am Kopf davontrug. Ich habe am 1. September wieder arbeiten können. Zum Vernehmen ist nicht anzugeben, was Hense und Grobmann im Namen Wina Sachwa wollte seine Aussagen zu bestätigen. Der Staatsanwalt beantragte die Handlungsweise der Angeklagten als gemeingefährlich und als außerordentliche Noth. Gegen Hense wurden beantragt 9 Monate Gefängnis, gegen Grobmann aber, der wegen Gleichgültigkeitsvergehen schon mit 3 Jahren und mit 9 Monaten Gefängnis verurteilt ist, 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis im Vergleich mit dem Gerichtshof. Ordnungsbekende Arbeiter müßten gegen solche Nothellen geschützt werden.

Künsterprozeß Geiger-Klinger.

Berlin, 12. Januar.

Der der 148. Abteilung des Amtsgerichts 1 stand heute unter Reich des Amtsrichters Heintze Klinger, die erste Verhandlung des Künsterprozeß Prof. Ernst Georg Geiger gegen Prof. Max Klinger an. Die Parteien sind persönlich vor Gericht, dem Prof. Geiger sein Rechtsanwalt Geiger-Beck, dem Prof. Klinger Justizrat Hildebrandt zur Seite. Als Zeuge ist von dem Rechtsanwalt Geiger der Schwager des Prof. Geiger, Oskar Geyser, Sohn des Geiger, zum Zeugen bestellt worden. Dieser soll bei den hinführenden Vergleichsverhandlungen zugegen gewesen sein und über die Verhandlungen der Frau Dr. Meyer berichten.

Über die Vorgeschichte dieses Prozesses ist wiederholt eingehend berichtet. Prof. Klinger hat Frau Dr. Meyer, um deren künstlerischen Anteil Klinger's Kunstwerke zu beschaffen, handelt, 1891 in Rom kennen gelernt als eine Dame, die ein sehr großes Kunstinteresse hatte und große Unterhaltungen an Künstler geübte. Er habe ihr verschiedene begabte Künstler angeführt, die von ihr reichlich unterstützt wurden, bis sie völlig frei und unabhängig arbeiten konnten. Auf seine Empfehlung hin habe sich Frau Dr. Meyer sofort bereit erklärt, von dem Künsterprozeß, den es damals schlecht ging und der darüber klagte, daß er vom Staate nicht genügend unterstützt werde, ein Wort zu tun und ein anderes Kunstwerk, zusammen für 17-20,000 M. abzukufen. Er (Klinger) habe Frau Geiger dann der Frau Dr. Meyer vorbildlich vorgestellt und, obgleich er dieser Dame unmöglich für nicht sehr imstande war, habe diese sich doch dazu bestimmt, 1894 nach Berlin zu kommen, um in der Stadt zu wohnen und dort in der Stadt zu wohnen, um sich dort in der Stadt zu wohnen. Er habe dabei wohl gleich an eine Mitwirkung der Frau Dr. Meyer gedacht, bis 1896 aber nichts weiter davon gehört. Geiger's Tätigkeit in der Stadt, eine Erwahnung von dem Künsterprozeß gekommen, daß die Sache nicht ganz rechtlich sei. Dann seien zum ersten Male von Frau Dr. Meyer an ihn eingetroffen, die sich eigensinnlich über Geiger geäußert habe. 1897 habe er sich wieder über Geiger befragt, und schließlich habe er sich durch alle diese Mitteilungen in Interesse der Künsterprozeß gefolgt, die Sache aber, die er als Künsterprozeß bringen. Der Geiger, in Italien eine Kunstausstellung für deutsche Künstler begründet zu haben, ist schon seit Jahren der lebhafteste Wunsch der deutschen Künstler gewesen; es sollte für sie eine Stätte, wo sie fortgesetzt ihren Arbeiten obliegen könnten. Dieser Wunsch liege ihm so dringender, als die Deckerdecker, die Amerikaner und Franzosen bestimme haben für ihre Künstler haben. Erst in letzter Zeit habe das Deutsche Reich etwas nach dieser Richtung getan und eine Summe von 120,000 M. zur Wirkung von Meißel bewilligt. Frau Dr. Meyer habe über das Doppelte dieser Summe zur Verfügung gestellt und, nachdem im Falle Künsterprozeß ein Meißelvermögen für die Künsterprozeß verloren gegangen, habe er sich für diese Aufgabe angeboten, und diesem Falle nach zu retten, was möglich sei.

Anlässlich Wroda gibt eine historische Darstellung der Vorgänge, die von der ersten Bekanntschaft der Frau Dr. Meyer mit dem Bekanntschaft bis zur Hinabgebe der Gelder sich abgeheilt haben. Diese Darstellung wird von H. Klinger und Prof. Geiger in vielen Punkten erwidert. Nach der Beschreibung des Hinführenden Wroda ist Geiger, nach dem Hinführenden habe ihm schon damals in Aussicht gestellt, ihm Gehalt für die Ausbildung seiner Kunst zur Verfügung zu stellen. Im Jahre 1895 habe Geiger an Frau Dr. Meyer geschrieben, daß er jetzt Geld gebrauche. Frau Dr. Meyer habe damals nicht sofort darauf eingegangen, sondern habe nach einigem Zögern, gewissermaßen als Gedenkbot, daß er sich auf sie verlassen könne. Das seien, wie Justizrat Wroda behauptet, jene 50,000 M., von denen Geiger behauptet, daß ihm Frau Dr. Meyer 50,000 M. schenkte. Am 18. Juli 1895 habe Frau Dr. Meyer 91,000 M. und am 5. Juni 1896 die Hypothek von 180,000 M. gegeben. Mit diesen Geldern sei er in Florenz (Genua und Modena) zum Studium eines Meißelers u. v. gegangen. Geiger habe übrigens vorher ausdrücklich schon von einer Dame in Magdeburg 50,000 M. erhalten. Er behauptet, daß Frau Dr. Meyer der Ansicht gewesen lie, daß die Bewandlung später als Erfüllung der gesamten deutschen Künsterprozeß zu gute kommen sollen. Aus der Beschreibung der formalistischen Ausgabe der 603,000 M. durch Frau Maria Meyer in Freiburg 1. Br., Witwe des Fabri-

Der angezeigte **Grosse Ausverkauf** dauert noch

bis Ende dieser Woche.

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Jacketts, Umhänge, Blusen, Unterröcke, Kostüme. Leinenwaren, Wäsche. Teppiche, Gardinen, Portièren etc.

Die Restbestände sind, um damit zu räumen, **nochmals im Preise herabgesetzt.**

Reste u. einzelne Roben in Wolle und Seide sehr preiswert.

Bruno Freytag,

Leipzigerstrasse 100.

Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft.

Subskription

an

Unverlosbare

Mark 16 000 000 4% Central-Pfandbriefe vom Jahre 1903

— bis 1912 unkündbar —

emittiert auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums Sr. Majestät des Königs von Preußen vom 21. März 1870.

Der zur Subskription bestimmte Betrag bildet einen Teil der unverlosbaren 4% Central-Pfandbrief-Anleihe vom Jahre 1903, welche auf Grund des im „Deutschen Reichs-Anzeiger“ am 12. Januar 1903 veröffentlichten Prospectes zum Dankel und zur Notiz an der Berliner Börse ausgetrieben und deren Zulassung an den Börsen von Frankfurt a. M., Köln, Breslau, Dresden, Danzig, Leipzig und München beantragt worden ist. Von diesen unverlosbaren 4% Pfandbriefen stellt der Betrag von

Mark 16 000 000

Freitag, den 16. Januar 1903

102,70 Prozent

ausgütlich laufender Stückzinsen vom 1. Januar 1903 bis zum Tage der Abnahme in Berlin bei der **Preussischen Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft**, in Frankfurt a. M. bei der **Direktion der Diskonto-Gesellschaft**, in Köln **Sal. Oppenheim jun. & Co.**, in Breslau **E. Heiman**, in Dresden **der Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt**, Abteilung Dresden, in Hamburg bei **L. Behrens & Söhne** und in der **Norddeutschen Bank** in Hamburg, **Halle n. S.** bei dem **Halleschen Bankverein von Kulisch, Kaempff & Co.**

und den sonstigen Zeichnungsstellen während der fünfzig Geschäftstagen — früherer Schluss vorbehalten — zur Subskription aufsetzen. Bei der Subskription ist eine Kautions von fünf Prozent des jeweiligen Betrages in bar oder in fiktiven Effekten zu hinterlegen, welche die Zeichnungsbefugnisse als zureichend erachtet wird. Die Zuteilung bleibt dem Ermessen der einzelnen Zeichnungsstellen überlassen. Die Anleihe der ungenutzten Subskription hat in der Zeit vom 20. Januar bis 28. Februar er. zu verfallen. Eine Anleihe der Pfandbriefe, welche in Abzügen zu 5000, 1000, 500, 200 und 100 Mark ausgetrieben und mit Januar-Juli-Zinsfaktoren versehen sind, findet nicht statt. Dieselben können nur im Wege der Stückabgabe — die bis zum Jahre 1912 jedoch angefordert ist — freilich der Gesellschaft abgetrieben werden.

Die Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft an Berlin ist am 23. Mai 1870 in das Handelsregister eingetragen. Der Vorstand derselben besteht aus dem Präsidenten und drei Direktoren. Präsident und Direktoren werden vom Verwaltungsrat gewählt, die Wahl bedarf jedoch der Allerhöchsten Befehligung durch Sr. Majestät den König.

Die Aufsicht der Staateregierung wird unter Leitung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten durch einen Staatskommissar ausgeübt, welcher die Bücher, Schriften und Behälter der Gesellschaft einseht, von den Verwaltungsvorgängen der Gesellschaft Auskünfte zu erteilen u. anderen Zwecken der Verwaltungsbearbeitung teilzunehmen. Dem sind gleichzeitige die Sollistenarbeiten eines Rechnungsführers übertragen. Die Gesellschaft ist mit einem Grundkapital von 36 Millionen Mark erichtet, wovon 50 Prozent des Nominalbetrages eingezahlt sind.

Am 30. November 1902 betragen:	das eingezahlte Grundkapital	Mark 30.068.040—	Mark 28.610.607 21
	des Bestands an erworbenen Hypotheken	Mark 569.404.624 62	
	der Bestand an erworbenen Kommunal-Darlehen	Mark 77.182.230 05	78.520.552 45
	des Bestands an Hypothekendarlehen	Mark 553.732.650—	
	der Umlauf von Central-Pfandbriefen	75.027.900—	
	der Umlauf von Kommunal-Darlehen		

Für die vollständige Zahlung von Kapital und Zinsen der Central-Pfandbriefe haften die in das Hypothekendarlehen eingetragenen Darlehensnehmer. An Rückzahlung der Darlehen sind den Hypothekendarlehen, welche in das Hypothekendarlehen eingetragen sind, neben im Falle eines Konkurses die Pfandbriefgläubiger allen übrigen Konkursgläubigern vor. Der Staatskommissar hat die Urkunden über die Hypothekendarlehen unter Mitwirkung der Gesellschaft zu verwalten und darf die Urkunden nur gemäß der Vorschrift des Reichs-Hypothekendarlehen-Gesetzes herausgeben. Kein Pfandbrief darf von der Gesellschaft ausgegeben werden, der nicht zuvor durch eine ihr zustehende, in das Hypothekendarlehen eingetragene Hypothekendarlehen gedeckt ist.

Die Gesellschaft gewährt hypothermische Darlehen nur auf solche Grundstücke, die einen dauernden und sicheren Ertrag geben. Sie besetzt Grundstücke in der Regel nur zur ersten Stelle, die Belohnung darf die ersten drei Viertel des Wertes des Grundstücks nicht übersteigen. Grundstückliche Grundstücke dürfen nur bis zu zwei Dritteln ihres Wertes beliehen werden, soweit die Centralbehörden der Bundesstaaten, in welchen die Grundstücke liegen, dieses gestatten.

Der bei der Belohnung angenommene Wert des Grundstücks darf den durch tatsächliche Ermittlung festgestellten Verkaufswert nicht übersteigen. Bei der Feststellung dieses Wertes sind nur die dauernden Eigenschaften des Grundstücks und der Ertrag zu berücksichtigen, welchen das Grundstück bei ordnungsgemäßer Bewirtschaftung jedem Käufer nachteilig gewährt kann.

Berlin, im Januar 1903.

Preussische Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft.

Rillingmann Schwarz Lindemann Fühbeke.

Pomologisches Institut Reutlingen.
 Höhere Gärtner-Lehranstalt. { Beginn des Frühjahrs- u. Sommerkurses den 10. März 1903.
 Statuten und Lehrplan kostenfrei.
 Der Direktor: Oekonomierat **Fr. Lucas.**
 Preisverzeichnisse über Baumchulartikel aller Art, Sämereien, Gartengeräte u. s. w. gratis.

Wie werde ich energisch?
 Durch die erprobende Methode Liebenalt-Lévy. Radikale Heilung von Energielosigkeit, Verkrüppeltheit, Nervenlähmungen, Schwermut, Schlaflosigkeit, Antriebslosigkeit, Verkrüppeltheit, Gedächtnisverlust, Schilddrüse, Verdauungs- u. Darmstörungen u. allgemeiner Nervenschwäche. Bericht wegen Vereinfachung von Mt. 630 auch in Vierteljahrs- oder unregelmäßiger von Mt. 650 durch den **Modernen Medizinischen Verlag**, Leipzig 43.

Wer sein Heim, sein Geschäft, sein Geld unter sicheren Schutz stellen, wer betriebl. sein Haus verlassen, wer sorgenlos schlafen will, wer allein steht, vertraue sich dem leicht.

Schutzmann

an, welcher ohne irgend eine Schraube augenblicklich an Schlössern, Fenstern, Ladenkästen etc. angebracht werden kann. Der kleine, solide zuverlässige Sicherheitsapparat geg. Einbruch (D. R. G. M. u. a. Patente) wird geg. Vorkauf von M. 1.70 (Nachh. M. 1.80) franco in Deutschl. u. Oester.-Ung. geliefert von der Kontroll-Apparate-Fabrik, G. m. b. H., Dresden, Eisenacherstr. 39.

Lichtbad Sanitas, Halle n. S.
 Ausgewählte Seilerfolge bei allen Stoffwechsel-, Nier- u. Nervenkrankheiten. Außerdem war mehrere Jahre in der größten Viehhaltung „Rotes Kreuz“, Berlin, tätig. Geöffnet von 8-7 Uhr. Man verlange Prospekt.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Zähne, Reparaturen und Um-
 arbeitungen 3-6 Zfd.
Zahnziehen (schmerzlos, ohne
 allg. Betäubg.)
 Netz, Geißeustraße 15, 1
 (Näher-Vorbes.) Eingang Dreiflügel.
1903. 1903.
Abreis-
Tele-
Comptoir. } Kalender
 empfiehlt
Albin Hentze,
 24 Schmeerstraße 24.

Bode's Geld-Schänke
 unüberwindlich
 Hannoverische Geldschrank-
 Fabrik
 Carl Unger,
 Halle a. S.,
 Gr. Ulrichstr. 59
 Hermann Bode Hannover

Wiederverkäufern
 empfehlen alle Sorten
Masken,
Narrenkappen,
Carnevals-Artikel
 in größter Auswahl.
 Preislisten gratis u. franco.
Adler & Co.,
 Halle a. S., Leipzigerstr. 54.
 Fernsprecher 1081.

Neu Gebr.
Möbel.
 Etwa große
Gelegenheitskäufe
 an
Wohnungs-Einrichtungen
 von einfaehsten bis elegantesten,
Comptoirs, Restaurations-
und Laden-Einrichtungen
 jeder Art verkauft wie bekannt
 billig und recht.
Friedrich Peileke, Geißeistr.
25.
 Hett. Möbel nebene hier in Salbung.

Haben Sie
 schon meine **Spitzkugeln** (Honig-
 kuchen mit Chocolate überzogen)
 probiert? Ich möchte Sie gern als
 Kunden haben.
Carl Boech, Breitestr. 1 u. Markt
Rothor Thurm 12.

Gerste, Roggen, Mais
 kaufen zum Tagespreis jedes
 Quantum gegen sofortige Kasse
Münchendorfer Mühlen-Werke.
 Mit 2 Belohnungen.